

Schon wieder Gebührenerhöhungen

In diesem Jahr will man die Abwassergebühren anheben. Begründung: Die Sanierung der Kläranlage wird wesentlich teurer als angenommen. Für die Erhöhung um fünf Cent je Kubikmeter Schmutzwasser stimmten SPD, Freie Wähler, FDP und CDU. Dagegen waren DKP/Linke Liste und Teile der Grünen.

Die Vorlage beinhaltet auch eine Erhöhung der Niederschlagswassergebühren für 2019. Je Quadratmeter Grundstücksfläche steigen sie von 0,92 auf 0,95 Cent. Wie eine dem Parlament vorgelegte Gebührenberechnung deutlich machte, ist zudem in den nächsten Jahren mit weiteren massiven Erhöhungen zu rechnen.

Jetzt steigen die Schmutzwassergebühren von 2,73 auf 2,78 Euro pro Kubikmeter. Für 2020 wird mit 3,67 Euro gerechnet. Bis 2023 sollen sie dann auf 4,93 Euro steigen. Die Niederschlagswassergebühren liegen demnach dann im Jahr 2023 bei 1,20 Euro pro Kubikmeter.

Bezahlt werden muss die Schmutzwassergebühr auf Grundlage des im Haushalt verbrauchten Trinkwassers.

Die steigenden Gebühren hängen mit der Sanierung und Erweiterung der Kläranlage zusammen. Die Sanierungskosten waren auf 26,7 Millionen Euro angesetzt. Seit Sommer steht fest, dass man bei 38 Millionen Euro angekommen ist. Da bleiben viele Fragen.

Die Gebührenerhöhung ist nicht nachvollziehbar, sagte Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender der DKP/LL.

Er betonte, dass die Stadtwerke schon seit über fünf Jahren einen Teil ihrer Gewinne in den städtischen Haushalt abführen mussten. Dabei sollten Eigenbetriebe nicht gewinnorientiert arbeiten, um die Belastung der Bevölkerung gering zu halten.

Die im Dezember beschlossene Erhöhung ist offenbar der Startschuss für weitere Griffe in den Geldbeutel der Einwohner.

Die gewaltige Steigerung der Sanierungskosten erfordern mehr Öffentlichkeit. Viele fragen: Was ist hier los? Die detaillierten Hintergründe der „Kostenexplosion“ sollten veröffentlicht werden.

Die massive Kostensteigerung bei der Sanierung der Kläranlage war auch über die Feiertage häufig Gesprächsstoff. Man erinnere sich, dass 2015 der Anschluß unserer Abwässer an Frankfurt erwogen wurde, die 28 Millionen kosten sollte. Damit hätten wir aber sicher viele Rechte verloren, das war also indiskutabel. Nach Verwerfung dieser Option stiegen die Kosten für den Ausbau der eigenen Kläranlage ins Uferlose (Erst hieß es 26,7 Millionen jetzt spricht man von bei 38 Millionen Euro). Man kann davon ausgehen, es wird noch teurer werden.) Sicher wird später der Rechnungshof solche Erhöhungsorgien überprüfen. Besser wäre, aber jetzt schon ein paar Antworten mehr zu erhalten. Wer wurde mit der Planung der neuen Kläranlage beauftragt? Welche Befähigungsnachweise hat der „Ausbau-Planungs-Beauftragte“? Gibt es eine Fehlplanung? Was wurde teurer und warum? Die Leute, die später die gestiegenen Mehrkosten bezahlen sollen, haben ein Recht auf Information.

Eine demokratische Entscheidung, die Folgen haben muss

In Mörfelden-Walldorf wird es auch weiter zwei Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren geben - eines in Walldorf, eines in Mörfelden. Das hat der Bürgerentscheid am 16. Dezember ergeben. 6.501 Bürger stimmten beim Bürgerentscheid für den Erhalt beider Feuerwehren; eine Mehrheit von rund 74 Prozent und 140 Stimmen mehr, als nötig gewesen wären. Der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler sagte am Wahlabend, dass die Stadt die Entscheidung akzeptieren werde. Besser wäre, er hätte hinzugefügt, ich habe einen großen Fehler gemacht, ich nehme meinen Hut. Der ehemalige Banker, der in seiner Wahlwerbung noch meinte, wir brauchen keinen Ersten Stadtrat, hat Entscheidungen vorangetrieben, die falsch waren und der Stadt letztlich unnötige Kosten verursacht haben. Er, seine Freien Wähler und die FDP wollten damit die Tür öffnen für die Bebauung der Gebiete zwischen den Stadtteilen.

Eine schwache SPD mit ihrem Bürgermeister hat zu allem genickt. Viele sagen, niemals wäre eine solche Situation entstanden in der Zeit, als der Bürgermeister Bernhard Brehl hieß.

Nun wird es vor allem darauf ankommen, dass sich die Politik auf die neue Situation einstellt und handelt. Auch die Feuerwehren werden Risse kitten müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

Mehr zum Thema Seite 2



Eine demokratische Entscheidung, die Folgen haben muss

Der Erste Stadtrat hat den Bogen überspannt

Es gab ein deutliches „JA“ beim Bürgerentscheid. Damit wurde den Befürwortern eines zentralen Standorts eine deutliche Abfuhr erteilt. Wir gratulieren der BI „MöWa für Zwei“ zu ihrem Erfolg und danken ihnen für ihre Initiative und ihren Einsatz.

Es ging um mehr als um Feuerwehrstandorte. In den letzten Wochen gab es Zuspitzungen, als deutlich wurde, dass vor allem die „Freien Wähler“ (FW) im Verein mit der FDP die Diskussion nutzten, um ihr Wahlprogramm durchzusetzen. Man wollte den „Türöffner“ zur Bebauung des Gebietes zwischen Mörfelden und Walldorf. Man will die Entwicklung der Doppelstadt zu einer 50.000-Einwohner-Stadt mit einem neuen Zentrum, „mittendrin“. Es geht um die Versiegelung der „grünen Lunge“ zwischen den Stadtteilen. Es geht vor allem auch: Um Spekulation und viel Geld. Das wäre ein völlig neuer Politikan-satz in unserer Stadt. Denn bisher

gab es eine große Übereinstimmung zwischen den Parteien vor Ort, diese Fläche nicht zuzubauen.

Der Ausgang des Bürgerentscheids trifft jetzt vor allem den Ersten Stadtrat Ziegler (FW), der in seinem Wahlkampf einst betonte: „Wir brauchen keinen Ersten Stadtrat!“. Der ehemalige Banker ist u.a. verantwortlich für Wirtschaftsförderung und für das „Stadtmarketing“. Er unterstützte die Feuerwehrgruppe, die für einen Zentralbau eintrat, und verletzte das „Fairnessgebot“ für die Hauptamtlichen. In den letzten Monaten hat er die SPD und ihren Bürgermeister regelrecht in den Hintergrund geschoben. Man spürt seine Bemühungen, die Verwaltung wie einen profitorientierten kapitalistischen Betrieb zu organisieren. Die SPD nickte dazu. Wie wird sich Ziegler jetzt verhalten?

Das Ergebnis des erfolgreichen Bürgerentscheids zeigt jedenfalls, dass er den Bogen überspannt hat.

Jetzt wird es zunächst einmal darauf ankommen, den entstandenen Riss in der Feuerwehr zu „kitten“. Die Ko-

alition muss die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger anerkennen. Aber wichtiger werden Konsequenzen im Rathaus. Das Beste wäre der Rücktritt des Ersten Stadtrats. Eine Veränderung der Stadtpolitik hin zu einem demokratischen Umgang muss erfolgen. Vor allem auch ein Umdenken der SPD. So wie bisher kann es jedenfalls nicht weitergehen.

Das Top-Thema des Jahres 2018.

Die regierende Koalition aus SPD, Freien Wählern (FW) und FDP hatte sich für nur einen Stützpunkt entschieden. Sie hörte nicht auf die Fachleute, hatte „die Bodenhaftung verloren“ und wurde korrigiert.

Ein Beispiel, das Mut macht. Auch bei anderen Themen wird man sich später noch erinnern. Das ist sehr wichtig.

Das Ergebnis wurde auch durchgesetzt, weil die Bürgerinitiative „MöWa für Zwei“ von Anfang an auf politische Breite setzte. Auch das ein Beispiel, das man nicht vergessen sollte.

Die DKP und ihre Zeitung „blickpunkt“ hat, ihrer Kraft gemäß, ordentlich mitgekämpft.

Es gab zahlreiche Beiträge in dieser Zeitung, viele Info-stände, Demonstrationen und eigene Plakate.

Wir sind froh über das Ergebnis und werden die weitere Entwicklung genau im Auge haben.

Die „blickpunkt“-Macher





Kurz vor Weihnachten gab es bei der Societäts-Druckerei in Mörfelden Entlassungen. Daraufhin kam es zum Streik. Die DKP/LL war vor Ort. Dietmar Treber (Foto) u.a. sprachen mit den betroffenen Arbeitern und berichteten von der Solidaritätserklärung der Stadtverordnetenversammlung.

Mittlerweile wurde der Streit um die Entlassung von über 100 Beschäftigten der Frankfurter Societäts-Druckerei in Mörfelden beigelegt. Die Gewerkschaft ver.di erklärte, die Entlassung von 26 Kollegen wurde abgewendet, für 70 Mitarbeiter wurden Abfindungen ausgehandelt. Mit diesem Sozialplan bleibt der Tarifkonflikt in dem Traditionsunternehmen aber ungelöst.

Solidarität bleibt wichtig!

Die DKP / Linke Liste hatte in der letzten Sitzung des Jahres einen Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Frankfurter Societäts-Druckerei in Mörfelden-Walldorf“.

Der Antrag wurde knapp angenommen: DKP/LL, Grüne und SPD waren dafür, FDP, CDU, FW (mit 2 Ausnahmen) dagegen.

Im Antrag der DKP/LL hieß es u.a.:

„Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Frankfurter Societäts-Druckerei in Mörfelden-Walldorf, die in ihrem Betrieb mit Streiks und Aktionen den Kampf gegen Massenentlassungen und Tariffucht aufgenommen haben.

Sie wünscht den Kolleginnen und Kollegen und ihrer Gewerkschaft ver.di viel Erfolg in der Auseinandersetzung um ihre Arbeitsplätze und die Tarifbindung ihres Betriebs.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich in diesem Kampf, der für alle Arbeiter und Angestellten in unserem Land wichtig ist, auf die Seite der Beschäftigten zu stellen und den Eigentümern und der Geschäftsleitung der FSD naheulegen, von ihren Plänen Abstand zu nehmen.“

In der Begründung: Die Frankfurter Societäts-Druckerei gehört zu den größten und traditionsreichsten Zeitungsdruckereien Europas. Seit Anfang 2018 gehört die FSD zur Verlagsgruppe Ippen und der Verlegerfamilie Rempel, die gemeinsam die Druckerei von der FAZ-Gruppe übernommen haben. In Mörfelden werden unter anderem die Frankfurter Neue Presse, die Frankfurter Rundschau und die Frankfurter Allgemeine Zeitung gedruckt. Nun gibt es Entlassungen, Proteste und Streikaktionen. Mitglieder der DKP/LL-Fraktion erfuhren bei Besuchen vor Ort: Die Kollegen gehen davon aus, dass

der aktuelle Verlust von Aufträgen des Springer-Konzerns dafür genutzt werden soll, bishertariflich bezahlte Arbeitsplätze durch schlechter bezahlte oder durch billigere Werkvertragskonstruktionen zu ersetzen. ...

Von der Stadtverwaltung haben wir über Jahre immer wieder von guten Beziehungen zur Großdruckerei in unserem Industriegebiet gehört. Sie hat den Umzug von Frankfurt nach Mörfelden mitgestaltet und gefeiert. Viel ist davon nicht geblieben. Jetzt ist es Zeit, sich an die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter zu erinnern und ihnen beizustehen. ...

Alternative zu den Etablierten

Die DKP/Linke Liste hat Stadtrat Alfred J. Arndt zu ihrem Bürgermeisterkandidaten nominiert.

Es treten jetzt vier Kandidaten zur Bürgermeisterwahl am 24. März 2019 an: Heinz-Peter Becker (SPD), Karsten Groß (CDU), Thomas Winkler (Grüne), Alfred J. Arndt (DKP/LL).

Arndt sagte zur kommunalen Selbstverwaltung: „Die Kommunen sind nicht mehr Herr im eigenen Haus“. Als aktuelles Beispiel nannte er die „Hessenkasse“.

Sie schränke die Handlungsfreiheit von Mörfelden-Walldorf auf Jahrzehnte hinaus ein. Seine Themen: u. a. die ärztliche Versorgung und die Barrierefreiheit - insbesondere am Bahnhof Walldorf sieht er dringend Handlungsbedarf. Er wies auf neu auftauchende Probleme hin. So die erneut drohende Bebauung des Gebietes zwischen den beiden Stadtteilen. „Umweltschutz heißt heute auch dem Flächenfraß Einhalt zu gebieten“.

Aus diesem Grund dürfe auch der Flughafen nicht weiter wuchern. Arndt sagte, er schätze Bürgermeister Becker als Person, aber besonders bei der Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung sei ihm der Rathauschef zu „leise“. Arndt versprach: „Ich werde laut meine Stimme für die Interessen der Kommune erheben.“



blickpunkt jugend



Der Frankfurter Römerberg am 13. Juni 1919. In Berlin wurde an diesem Tag Rosa Luxemburg beerdigt. In vielen Städten gab es Gedenkveranstaltungen.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden vor 100 Jahren am 15. Januar 1919 von Reichswehroffizieren ermordet. Rosa Luxemburg warf man anschließend in den Landwehrkanal. Man fand sie erst am 31. Mai 1919.

Rosa Luxemburg gedenken

In vielen Kommunen gibt es gerade Ehrungen für Rosa Luxemburg. In vielen großen und kleinen Städten sind Straßen und Plätze nach ihr benannt.

Die DKP/Linke Liste Stadtverordnetenfraktion hatte beantragt, in unserer Stadt eine Straße nach Rosa Luxemburg zu benennen.

Bei der Stadtverordnetenversammlung am 11. Dezember 2018 wurde der Antrag aus Zeitgründen nicht mehr aufgerufen.

Am 19. Februar 2019 ist die nächste Parlamentssitzung. Wir hoffen sehr, dass es hier zu einem positiven Entscheid kommt und sich in allen Fraktionen Menschen finden, die einer Ehrung zustimmen.

Im Antrag der DKP/LL heißt es:

„Aus Anlass des hundertsten Jahrestags ihrer Ermordung am 15. Januar 1919

wird in Mörfelden-Walldorf eine Straße nach Rosa Luxemburg benannt.“

In der Begründung heißt es u.a.:

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg ermordet. Jahrzehnte ihres Lebens hatte sie in der SPD gearbeitet und sich in den politischen Auseinandersetzungen in der Kaiserzeit einen Namen als konsequente Kämpferin gegen die Herrschaft des Kapitals und für die Erhaltung des Friedens gemacht. Folgerichtig nahm sie nach der Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD im August 1914 u.a. mit Karl Liebknecht den Kampf für die Rückbesinnung der „Mehrheitssozialdemokraten“ auf die Haltung der internationalen Arbeiterbewegung gegen den imperialistischen Krieg auf. Das brachte sie mehrfach ins Zuchthaus. ... In den 1970er Jahren hatte der SPD-Bürgermeister Kurt Bachmann ins Gespräch gebracht, den Weg zum Mörfelder Jugendzentrum am Bahndamm nach ihr zu benennen.

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten

Hetze der „Antibolschewistischen Liga“ gab es vor der Ermordung. Diese Liga hatte in Berlin ihr mit Großspenden (unter anderem von der Deutschen Bank) ausgestattetes „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“ eröffnet. Man kämpfte gegen eine „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. In diesem Zusammenhang wurden in großer Auflage Plakate und Flugblätter gedruckt, die zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufriefen.

Der Mord wurde ausgeübt von Auftragskillern in Uniform. Die Namen der Mörder und der Auftraggeber sind bekannt. „Schlagt ihre Führer tot“, hieß es in den Medien der Reaktion, „Viel Tote in einer Reih, Karl und Rosa sind nicht dabei“, wurde vorher im sozialdemokratischen „Vorwärts“ gedichtet.



Spät aber nicht zu spät

Die Vorsitzende der SPD Andrea Nahles sagte vor wenigen Wochen: „An die Fehler, die gemacht wurden erinnern wir auch.“ Man könne die Geschichte der SPD nicht in rosaroten Farben malen, vor allem nicht diese Zusammenarbeit mit den Militäreliten des Kaiserreiches. „Und dass Gustav Noske seine Hände beim Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Spiel hatte, ist wahrscheinlich.“



Das Wohnhaus der Geschwister Reiß in der Langstraße 37. Als vor 10 Jahren hier Stolpersteine verlegt wurden, war das Haus noch nicht so marode wie heute (siehe Foto Seite 8).

Die Stolpersteine vor dem Haus erinnern an das jüdische Geschwisterpaar, das die Nazis im hohen Alter „abholten“ und ermordeten. Das Haus ist ein Denkmal. Denkmäler kosten Geld. Wir brauchen sie aber, wenn wir nicht geschichtslos sein wollen. Was wäre, wenn man den maroden „Goldenen Apfel“ in Mörfelden damals nicht wieder aufgebaut hätte? Was wäre, wenn

dort jetzt ein moderner Betonbau stehen würde?

Eine Chance wurde nicht genutzt

Das „Reiß-Haus“ (Grundstücksanteil 110 m²) wurde im Frühjahr 2008 als „Kulturdenkmal Waldenserhaus“ für 35.000 Euro angeboten. Unser Antrag in der Stadtverordnetenversammlung, die Stadt soll es erwerben, wurde nicht aufgegriffen. Auch unser Antrag, der Magistrat möge alle Möglichkeiten nutzen, um das unter Denkmalschutz stehende Haus zu erhalten und dazu intensive Gespräche mit der Denkmalbehörde und dem Eigentümer führen, wurde abgelehnt. Natürlich ist der Verfall mittlerweile weiter fortgeschritten. Es wird sicher bald wirklich nicht mehr zu retten sein. Der „Denkmalschutz“ ist dann kein Schutz mehr.

Das Haus ist in Privatbesitz. Die Stadt hat trotzdem im Juli 2012 eine „Machbarkeitsstudie“ veranlasst. Die Studie ist eine „Totschlagstudie“. Die Restaurierung würde demnach eine halbe Million Euro kosten. Welche Bürgerin, welcher Bürger traut sich da noch, über eine Rettung dieses Hauses zu reden? Wir halten diese Kosten für maßlos übertrieben. Wir wissen, die Stadt hat immer finanzielle Sorgen. Sponsoren sind offenbar rar. Gute Beispiele gibt es trotzdem. Wir wurden auf einen wunderbaren Fall von Bürgersinn in Großvillars hingewiesen. Das Städtchen liegt bei Karls-

ruhe. Dort wurde ein total verfallenes „Waldenserhäusle“ in Eigenhilfe und mit vielen Sponsoren gerettet.

(www.buergerverein-grossvillars.de)



Das Waldenserhäusle in Großvillars

Wir wissen, Mörfelden und Walldorf sind nicht Rothenburg. Aber es gibt auch hier immer noch wichtige Zeugnisse vergangener Zeiten - Fachwerkhäuser. In der Mörfelder Langgasse gab es eine ganze Reihe von solchen Gebäuden, die vor vielen Jahren schnell und ohne Diskussionen verschwanden. Das alte Forsthaus gehört dazu, das frühere Lehrerhaus (heute ein Bankgebäude), aber auch die alte Bürgermeisterei neben der Kirche, die Häuser im Eck und die „alte Burg“. Es gibt viele Gründe, das Haus in der Walldorfer Langstraße zu retten. Eine Bürgeraktion wäre wahrscheinlich notwendig. Organisationen und Kirchen könnten sich einbringen.

Vielleicht wird es ja ein Thema im Bürgermeisterwahlkampf. Eine Rettung des Hauses wäre gut für die Stadt und die Menschen.

Wohnen macht arm

Als „Nesthocker“ werden Erwachsene bezeichnet, die ihr Elternhaus nicht verlassen wollen. Viel mehr junge Erwachsene hingegen würden ja ausziehen, können aber nicht, weil sie keine eigene Wohnung finden, die bezahlbar ist. Das geht aus einer Untersuchung im Auftrag des Sozialverbands Deutschland hervor. Dieser schlägt Alarm: Denn die Miete drückt mehr als eine Million Haushalte in Deutschland unter Hartz-IV-Niveau.

Außerdem geben Ärmere, gemessen am Haushaltseinkommen, deutlich mehr für das Wohnen aus, als Normalverdiener.

Die Mietpreisentwicklung vertieft die soziale Spaltung in Deutschland. Die Hälfte der Mieterhaushalte in Deutschland wendet demnach mindestens 29 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf. Bei Geringverdienern mit weniger als 1300 Euro Haushaltseinkommen liegt dieser Anteil bei 46 Prozent – also erheblich höher. Wer dagegen netto mehr als 4500 Euro im Monat zur Verfügung hat, muss nur noch 17 Prozent für das Wohnen ausgeben.

Der Sozialverband fordert vor allem verstärkten sozialen Wohnungsbau – dafür müsse der Bund deutlich mehr Geld in die Hand nehmen, hieß

es. Nach derzeitigem Stand will die Bundesregierung die Länder bis 2021 mit mindestens fünf Milliarden Euro unterstützen. Mehr als 100 000 neue Sozialwohnungen sollen entstehen. Es ist momentan so, dass niedrige Einkommen nur wenig steigen, die Mieten dafür drastisch, das ist ein Beschleunigungsprogramm für die soziale Spaltung in diesem Land.

Hilfe für den „blickpunkt“.

Danke für die vielen Spenden, die wir in den letzten Wochen erhielten.

Für ein Straßenbeitragsfreies Hessen

Die hessischen Bürgerinitiativen der AG Straßenbeitragsfreies Hessen sowie weitere Bürgerinitiativen aus ganz Hessen überreichten eine Resolution an die Hessische Landesregierung.

Hier heißt es u.a.:

Wir, die hessischen Bürgerinitiativen für die Abschaffung der Straßenbeiträge, fordern Ihre politische Unterstützung zur Abschaffung der Straßenbeiträge in ganz Hessen. Straßenbeiträge sind ungleich, unsozial und ungerecht. ...

Seit 25 Jahren finanzieren die Kommunen in Hessen und das Land Hessen den Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern über den Fonds „Deutsche Einheit“, den Solidarpakt I und den Solidarpakt II. Die Kommunen liefern ihren Anteil in Form der erhöhten Gewerbesteuerumlage. Die gesetzliche Grundlage für diese Umlage läuft Ende 2019 aus. Die Gelder würden, ohne dass es dazu einer gesetzlichen Initiative bedarf, zukünftig wieder den Städten und Gemeinde zugutekommen. Die Gewerbesteuerumlage würde automatisch sinken und - ganz grob berechnet - würden je nach örtlicher Struktur etwas mehr als 10% der Gewerbesteuererinnahmen zusätzlich bei den Kommunen verbleiben. ...

Unser Appell:

1. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, die Straßenbeiträge in ganz Hessen abzuschaffen!
2. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass das kommunale Geld aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 den Kommunen für ihre kommunalen Aufgaben wieder zur Verfügung steht und nicht weiter vom Land vereinnahmt wird! Nutzen Sie den oben zitierten „Vorbehalt der politischen Verhandlungen“ jetzt!

3. Wir erwarten weiterhin, dass Sie sich dafür einsetzen, dass nach 25 Jahren, in denen in die Infrastruktur der neuen Länder investiert wurde, diese Gelder nun für die hessische Infrastruktur verwendet wird.

4. Wir erwarten, dass Sie sich dafür einsetzen, dass dieses kommunale Geld zukünftig dafür verwendet wird, die Straßenausbaubeiträge in ganz Hessen abzuschaffen.

5. Wir erwarten weiterhin, dass Sie sich dafür einsetzen, dass für die wenigen Kommunen, die davon nicht profitieren würden, ein Sonderfonds geschaffen wird.

Zur Info: Thüringen schafft die Straßenbeiträge ab, Mecklenburg-Vorpommern schafft ab, Berlin hat abgeschafft und zurückgezahlt, Bayern hat sie abgeschafft und bis 2017 zurückbezahlt, Hamburg hat abgeschafft, Baden-Württemberg hat zu keiner Zeit Straßenbeiträge erhoben.

... Das Land Hessen zahlt Milliarden in den Länderfinanzausgleich ein. Wir finanzieren also die nicht vorhandenen Straßenbeiträge in anderen Bundesländern mit unseren Steuergeldern! Hier in Hessen werden dagegen von unseren Bürgern, Ihren Wählern, fünfstelligen Beträge für die grundhafte Sanierung von Gemeindestraßen verlangt.

Über die Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches kommen demnächst weitere Einnahmen von über 600 Mio. Euro auf das Land Hessen zu. Geld, welches zusätzlich den Kommunen zur Verfügung gestellt werden kann. Dieses krasse Missverhältnis passt nicht mehr und ist den Bürgern nicht länger zu vermitteln.

... Die Straßen sind Eigentum der Kommunen. Setzen Sie sich dafür ein, dass sowohl das Land Hessen als auch die Kommunen dieser Verpflichtung gerecht werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in Zukunft für eine Entlastung der Bürger eingesetzt werden und somit ein Stück mehr Gerechtigkeit erreicht wird.

Jörg Cezanne, MdB
Fraktion
„Die Linke“



Grundsteuerreform: Mieter entlasten, Eigentümer gerecht besteuern

Die Grundsteuer muss bis Ende 2019 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat das entschieden, weil die veralteten Einheitswerte von 1935 (Ost) und 1964 (West) zu einer ungerechten Besteuerung führen. Die Grundsteuer sollte sich – wie andere Steuerarten auch – an der Leistungsfähigkeit orientieren. Eigentümer wertvoller Immobilien mit hohen Mieteinnahmen können daher auch hohe Grundsteuern zahlen. Für die Mieter gilt genau das Umgekehrte. Wer ohnehin eine hohe Miete zahlen muss, hat für eine höhere Grundsteuer keinen Spielraum mehr. Die Lösung ist einfach: Die Grundsteuer soll von den Eigentümern und nicht von den Mietern gezahlt werden. Deswegen muss die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter gestrichen werden.

In der Diskussion wird vielfach der Eindruck erweckt, künftig müsste deshalb eine höhere Grundsteuer gezahlt werden. Das ist falsch. Jede Kommune kann über den lokalen Hebesatz selbst dafür sorgen, dass ihre Einwohner durch die Grundsteuerreform nicht zusätzlich belastet werden. In Mörfelden-Walldorf fordert die DKP/Linke Liste seit langem, die mehrfach erhöhte Grundsteuer wieder auf ein erträgliches Maß zu senken. Für die Städte und Gemeinden ist die Grundsteuer eine wesentliche Einnahmequelle. Sie macht 14 Prozent aller kommunalen Einnahmen aus. Es ist zu begrüßen, dass der Bundesfinanzminister in seinem Vorschlag den Wert der Immobilien berücksichtigen will. Niemand käme auf die Idee, dass alle Bürger den gleichen Betrag an Einkommensteuer zahlen sollen, nur, um sich den Aufwand von Steuerklärungen und die Gehälter der Steuerbeamten zu sparen.

Danke!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN
DE37508525530009003419

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Marketingaktion oder Perversion?

Nicht nur Ryanair dreht derzeit kräftig an der Preisschraube. Auch Euro-wings macht mit extrem günstigen Billigflügen auf sich aufmerksam. So gibt es von München aus etliche Verbindungen für je 19,99 Euro nach Mallorca und zurück.

Neben Palma stehen bei beiden Linien noch zahlreiche andere Flugziele auf der Liste. Nach Marokko zum Beispiel gab es von Memmingen aus einen Flug am 12. Dezember für 4,99 Euro – für denselben Preis ging es am 16. Dezember zurück.

So kann man auch die Welt kaputt-machen.

Doch wie können Flugtickets überhaupt so billig sein? Zum einen wird der Flugverkehr subventioniert: Bei Auslandsflügen zahlt man zum Beispiel keine Mehrwertsteuer. Und es gibt keine Energiesteuer auf Kerosin. Zum anderen sparen Billig-Airlines an anderer Stelle. Das geht dann in der Regel auf Kosten der Sozialstandards und der Sicherheit. In diesem Fall hat man also nicht nur den ökologischen Rucksack mit – sondern fördert

auch noch Sozialdumping. Kerosin wird teurer, aber die Flugpreise sind angeblich im Keller. Wie passt das zusammen? Es ist ein Preis, für den wir letztlich mit der Zukunft unseres Planeten bezahlen. Flüge nach Mallorca ab 5 Euro. Hallo? Auch solche Flüge belasten die Umwelt extrem und sollten boykottiert werden. Es gibt so viele Baustellen zum Klimawandel. Umdenken ist gefragt!

Wer uns helfen will beim Verteilen dieser Zeitung, wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will, kann sich gerne melden.

**Infos:
RudiH@dkp-mw.de
www.dkp-mw.de
oder bei:
Gerd Schulmeyer
Telefon 23366**

442 000 Tote wegen giftiger Luft

Die Luftverschmutzung in Europa ist nach wie vor zu hoch. Das geht aus dem von der Europäischen Umweltagentur (EEA) veröffentlichten Report Luftqualität in Europa 2018 hervor. Laut der Agentur mit Sitz in Kopenhagen ist Luftverschmutzung der Hauptgrund für vorzeitige Todesfälle in 41 europäischen Ländern. Grundlage sind Daten von mehr als 2500 Messstationen in ganz Europa. Die Grenzwerte der EU und der Weltgesundheitsorganisation WHO würden vielerorts überschritten. Die Forscher kommen pro Jahr auf rund 442000 vorzeitige Todesfälle im Zusammenhang mit Luftverschmutzung, davon rund 391000 in den 28 EU-Mitgliedsstaaten. Ursachen sind etwa Feinstaub, bodennahes Ozon und Stickstoffdioxid. Sie verursachen oder verschlimmern Atembeschwerden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Krebs und führten zu verkürzter Lebensdauer, so die EEA. Als hauptsächliche Quellen der Verschmutzung nennt der Bericht den Verkehr, die Energieerzeugung, Landwirtschaft und Industrie.

Die Forderungen der „Gelben Westen“

Seit Wochen Berichte über die „Gelben Westen“. Doch was will die Protest-Bewegung erreichen? Es lohnt sich, die Forderungen genau anzusehen. Für uns zeigt sich jedenfalls, man kann von Frankreich lernen.

Bei ihren Forderungen fanden wir u.a.:

Null Obdachlosigkeit: DRINGEND.

Mehr Progression bei der Einkommenssteuer, das heißt mehr Stufen.

Mindestlohn von 1.300 Euro netto.

Förderung der kleinen Geschäfte in den Dörfern und Stadtzentren. Einstellung des Baus großer Einkaufszentren um die Großstädte herum, die den Einzel-

handel abwürgen, und mehr kostenlose Parkplätze in den Stadtzentren.

Steuern: die GROSSEN (MacDonalds, Google, Amazon, Carrefour, ...) sollen GROSSES GELD zahlen, und die Kleinen (Handwerker, Klein- und Mittelbetriebe) zahlen KLEINES GELD.

Ein einheitliches System der Sozialversicherung für alle (Handwerker und kleine Selbständige eingeschlossen). Abschaffung der Selbständigen-Sozialversicherung (RSI).

Das Rentensystem muss solidarisch bleiben und demzufolge vergesellschaftet werden. Keine Rente nach Punkten.

Schluss mit der Erhöhung der Treibstoffsteuer.

Keine Rente unter 1.200 Euro.

Festlegung eines Maximallohns von 15.000 Euro.

Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose.

Erhöhung der Leistungen für Personen mit Behinderungen.

Begrenzung der Mietpreise. Mehr Wohnungen mit geringen Mietpreisen (insbesondere für Studenten und prekär Beschäftigte).

Maximal 25 Schüler pro Klasse von der Vorschule bis zur Abschlussklasse.

Jeder gewählte Abgeordnete hat das Recht auf den Durchschnittslohn. Seine Reisekosten werden überprüft und erstattet.



Im Jahre 2005 haben die Vereinten Nationen den 27. Januar zum internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt. Er ist als Jahrestag bezogen auf den 27. Januar 1945, den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs.



Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Daran soll heute mit der Abbildung des Wohnhauses der Geschwister Reiß erinnert werden. Es waren letzten Juden, die während der Nazi-Zeit in Walldorf lebten. Sie waren eng verwandt mit den in Mörfelden wohnenden Reiß-Familien. Die Walldorfer Familie, ursprünglich sechs Geschwister, bestand in dieser Zeit aus den zwei Schwestern Sara und Ferdinande und ihrem Bruder Max, alle drei geboren in Walldorf und unverheiratet. Ferdinande Reiß, geboren am 18. 6. 1860, gestorben 1935 in Walldorf, Sara Reiß, geboren am 16. 5. 1865, verhungert im KZ Theresienstadt am 6. 10. 1942 und Max Reiß, geboren am 18. 9. 1857, verhungert im KZ Theresienstadt am 22. 10. 1942. Sie hatten einen landwirtschaftlichen Betrieb. Am 24. September 1942 wurden Sara und Max, 77- und 85jährig ins Sammellager nach Darmstadt verschleppt und von dort in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie zu Tode kamen. Ein Walldorfer Bauer musste sie mit dem Pferdewagen nach Darmstadt fahren (Daten aus Buch „Steine gegen das Vergessen“).

Das ehemalige Haus der Familie Reiß, erbaut 1810, ist ein Waldenserhaus der sog. 2. Generation, d.h. es ist 100 Jahre jünger als das bekannte Boninhaus (heute Museum), erbaut 1711.

Es steht unter Denkmalschutz. Man sollte es sanieren und für künftige Generationen erhalten.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Ausstellungseröffnung, Kerstin Dammel
Sonntag, 13.01.2019, 15 Uhr, Eintritt frei

„Die ignorierten Opfer des Nationalsozialismus“
Lesung, Bericht und Diskussion
mit Prof. Dr. Frank Nonnenmacher
Mittwoch, 16.01.2019, 20 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 17.01.2019, 20 Uhr
Eintritt frei

Jam Session
Freitag, 18.01.2019, 20 Uhr, Eintritt frei

Morgen und Abend
Schauspielmonolog
Samstag, 19.01.2019, 20 Uhr, Eintritt: 10,-/ 8,-

Bal Folk Session
Mittwoch, 23.01.2019 19:30 Uhr, Eintritt frei

Quiz
Freitag, 25.01.2019, 20 Uhr, Eintritt frei

Konzert Trio Libero
Samstag, 26.01.2019, 20 Uhr
Eintritt: 10,-/ 8,- (ermäßigt)

Unser Lexikon

Schbrisch

Merr werd so ald
wie e Kuh
unn lärnd immer noch
dezuu.